

„Es ist viel Zeit beim Aufbau verloren gegangen“

Die Stabilisierung Afghanistans ist nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Aufgabe – sagt Citha D. Maaß

Frau Maaß, Sie sind gerade aus Afghanistan zurückgekehrt. Was sind Ihre Eindrücke?

Ja, wir waren neun Wissenschaftler aus neun Nationen, die vom Nato-Hauptquartier in Brüssel eingeladen worden sind, und haben Kabul, Masar-i-Scharif und Maimana besucht. Die Gesamtsituation deutet auf eine leichte Entspannung hin. Von der Nato wird das darauf zurückgeführt, dass mehrere Kommandanten der mittleren Ebene der Taliban getötet worden sind. Außerdem agieren die Aufständischen verstärkt auch in Pakistan – und so zersplittern ihre Kräfte. In politischer Hinsicht zeichnen sich auch Verbesserungen ab. Zehn korrupte Gouverneure sind von der Regierung abgesetzt und ersetzt worden, unter anderem im Süden, in Helmand und Kandahar. Das zeigt, dass Präsident Hamid Karsai das Problem erkannt hat und endlich reagiert.

Was meinen Sie: Wie lange muss sich die Staatengemeinschaft noch engagieren? Wie schreitet der Staatsaufbau voran?

Es ist leider sehr viel Zeit verloren gegangen. Die Institutionen, die bereits 2001 auf der Petersberger Konferenz beschlossen wurden, sind nie wirklich funktionsfähig gemacht worden. Im politischen und wirtschaftlichen Be-

reich muss man noch Jahre engagiert bleiben. Bei den afghanischen Sicherheitskräften geht es nur langsam voran. In vier bis sechs Jahren könnte die afghanische Armee ihrem Auftrag gerecht werden, bei der Polizei wird man einen noch längeren Atem brauchen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Afghanen verstanden haben, dass das Engagement der Ausländer ihre große Chance zu staatlicher Entwicklung ist?

Sicher gibt es ganz ausgeprägt ein afghanisches Nationalgefühl – aber nicht das Gefühl, einen Staat zu haben. Ich sehe aber keine Gefahr, dass Afghanistan als Einheit auseinanderbrechen könnte. Die meisten Afghanen denken nach den Kriegserfahrungen beim Staatsaufbau nicht in großen Zeiträumen. Für sie steht die Frage im Mittelpunkt: Wie bringe ich heute und morgen meine Familie durch? Bei aller Kritik an den Kampfeinsätzen der ausländischen Soldaten – vor allem, wenn Zivilisten Opfer werden – überwiegt doch die Angst, dass es wie 1992 wieder Bürgerkrieg geben könnte, wenn die Nato-Soldaten jetzt gehen sollten.

Wie bewerten Sie das Drängen in der Nato, die Deutschen sollten sich im Süden des Landes an Kampfeinsätzen beteiligen? Während meiner jüngsten Reise war

das immer wieder ein Thema. Zwar wird den Deutschen zugutegehalten, dass sie sich aus innenpolitischen Gründen nicht im Süden engagieren können. Aber es wird auch gefordert, dass die Deutschen im Norden mehr tun als bisher, möglicherweise ihr Regionalkommando weiter ausdehnen und stärker Präsenz zeigen als bisher. Heute gibt es immer wieder die Tendenz, sich wegen der Anschlagsbedrohung in den Camps einzuziehen.

Nun ist die Stabilisierung des Landes auch eine politische Aufgabe. Es gibt Kritik an der Regierung in Kabul ...

Leider zu Recht. Zum Glück ist jetzt mit dem Norweger Kai Eide ein neuer UN-Sonderbeauftragter ernannt worden. Von ihm wird mehr Druck auf Präsident Hamid Karsai erwartet. Die schlechte Regierungsführung ist ein zentrales Hindernis auf dem Weg zu einer Verbesserung der Lage. Das auf Drängen der USA eingerichtete Präsidialsystem ist auf Karsai zugeschnitten. Die Minister sind vom Parlament abhängig, machen deswegen lieber wenig – und geben die Verantwortung weiter mit der Folge, dass Karsai überfordert ist. Überdies hat der Präsident keine fähigen Berater um sich versammelt: Karsai gilt als entscheidungsschwach.

Welche Schritte wären notwendig, damit es im Land besser vorangeht?

Notwendig sind eine effiziente Regierungsführung und der Kampf gegen die Korruption. Rechtsstaatlichkeit herzustellen dauert eine Generation. Heute gibt es säkulares Recht, die Scharia – das islamische Gesetz –, und noch ältere Gewohnheitsrechte. Dringend notwendig ist es, Arbeitsplätze zu schaffen – dazu braucht man Regularien, die auf kommunaler Ebene fehlen. Man sollte darüber nachdenken, nicht alle Hilfgelder der Regierung zu geben, sondern einen Teil davon über die zivil-militärischen Stützpunkte der Nato zu verteilen, um vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen.

Interview: Christian Holzgreve



CITHA D. MAAB ...

... ist Afghanistan-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Von 2002 bis 2005 war sie beurlaubt für die Mitarbeit an dem Projekt „Öffentlichkeitsarbeit im Wahlprozess“ in Afghanistan. Sie hat das Land regelmäßig bereist. Schon ihre Forschungsaufenthalte von 1975 bis 1977 und von 1982 bis 1986 an der J. Nehru

University in Neu-Delhi weisen sie als Expertin für die Region aus. Ihre Forschungsfelder heute sind Probleme des Konsolidierungsprozesses in Afghanistan, Deutschlands sicherheitspolitisches Engagement, Pakistans innenpolitische Entwicklung, der indisch-pakistanische Konflikt sowie die indisch-pakistanische Nuklearpolitik. hoc